Kampf um dritten Bismark-Band.

Dr. Irma fordert, daß Verleger „Genehmigung des Kaisers" einhole.

(„Berliner Tageblatt". 28. Oktober.)

In der „Täglichen Rundschau" hatte Dr. Georg Irmer dem Cotta'schen Verlage in Stuttgart vorgeworfen, daß er vertragswidrig handele, indem er den 3. Band der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen" vor dem Tode Wilhelms II. erscheinen lasse. Die Firma Cotta antwortet in einem längeren Schreiben, in welchem sie sagt, daß es gerade im Interesse des Kaisers liege, den irrigen Vorstellungen über den Inhalt des Bandes durch eine Veröffentlichung ein Ende zu machen, und in dem die Vertragsverpflichtungen des Verlages folgendermaßen geschildert werden:

„Was den Vorwurf eines Vertragsbruches betrifft, den Herr Dr. Irmer auf Grund lückenhafter Kenntnis der Tatsachen gegen uns zu erheben sich für berechtigt hält, so legen wir dagegen schärfste Verwahrung ein und stellen fest: Unser Vertrag mit dem Fürsten Reichskanzler selbst enthält hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung der beiden ersten Bände und des dritten keinen Unterschied, auch ist uns späterhin weder durch den Altreichskanzler noch durch Beauftragte irgend eine Willensäußerung desselben zur Kenntnis gebracht worden, die eine andere Zeitbestimmung für das Erscheinen „einzelner Bände oder Teile des Werkes" festlegt als die vertragliche, daß es erst nach seinem Tode erfolgen solle. Nach dem Tod des Reichskanzlers ließen wir uns — was wir nicht nötig gehabt hätten — zu einem zweiten Vertrag (d. d. vom 28. August 1900) mit dem Fürsten Herbert bereitfinden; auch darin ist die Veröffentlichung des dritten Bandes in keiner Weise vom Leben oder Sterben Kaiser Wilhelms II. abhängig gemacht; vielmehr wurden wir hierdurch verpflichtet, diesen Band binnen Jahresfrist nach seinem, des Fürsten Herbert Bismarck Tode, jedoch nicht vor 1910, zu veröffentlichen, und zwar „ohne jede Streichung", also auch einschließlich aller darin enthaltenen Briefe nach lebender Absender und Adressaten, worüber Herr Dr. Irmer uns jetzt ganz besonders tadeln zu müssen glaubt. Erst in einer dritten, nach dem Tode des Fürsten Herbert mit dessen Witwe getroffenen Vereinbarung, von der ja auch Dr. Irmer Kenntnis hat, wurde die Veröffentlichung in Beziehung zu dem Leben Kaiser Wilhelms gesetzt."

Die Firma Cotta erklärt, daß sie mit dem Enkel Bismarcks eine Vereinbarung getroffen habe, die diesen dritten Vertrag rückgängig mache. Sie betont, daß sie damit zu dem Standpunkt zurückgekehrt sei, den Bismarck selbst und sein Sohn eingenommen habe und erst die Erbserben verlassen hätten. Herr Dr. Irmer ergreift im Anschluß an diese Zuschrift nochmals das Wort. Er bemerkt, der Cottasche Verlag habe den Bismarckschen Erben jetzt die Zusicherung zur Veröffentlichung „abgerungen", und stellt, da in dem 3. Bande sich nach den Mitteilungen des Vertrags auch Briefe befinden, die Frage, „ob die Veröffentlichung von Briefen erlaubt ist, deren Schreiber noch am Leben sind, insbesondere des Kaisers". Herr Dr. Irmer fordert die Firma Cotta auf, zunächst die Genehmigung des Kaisers einzuholen.

[illegible]len Oesterreichs [illegible] Provinzen zwingen

[illegible]de soll verhängt werden, wenn [illegible]ie Wien nicht versorgen.

[illegible]n, 29. Oktober. Wie das Neue [illegible]-Abendblatt aus Kreisen des [illegible]usschusses des Verbandes erfährt, [illegible] dieser Ausschuß angesichts der [illegible]ie vollständige Ohnmacht der Re[illegible] gegenüber den Ländern unhaltbar gewordenen Ernährungsnotlage in [illegible]den Plan, durch ein radikales Mit[illegible] Stadt vor dem Verhungern zu [illegible]. Als solches Mittel könnte ge[illegible]rtig nur die Verhängung einer [illegible]de über die Provinzen Deutsch[illegible]chs für den Fall, daß diese For[illegible]en des Hilfsausschusses zu erfüllen [illegible] weigern, angesehen werden. Als [illegible]pare kämen Kolonial- und Leder[illegible] Rohstoffe aller Art, Kohlen und [illegible]rodukte sowie alle übrigen Be[illegible]titel in Betracht. Wien selbst [illegible] dagegen vom Verband mit allem [illegible]ndigen an Lebensmitteln, Heiz[illegible]al und sonstigen Bedarfsgegen[illegible]n versorgt und zugleich ein Ein[illegible]rbot für die Landbevölkerung nach [illegible]erlassen werden, um jeden Einkauf [illegible]ndlichen Bevölkerung in Wien zu [illegible]dern. Die Maßnahme würde sich [illegible]ers scharf gegen Oberösterreich und [illegible]urg richten, welche trotz ihres [illegible]flusses infolge der Weigerung der [illegible]n einerseits und der Arbeiter- und [illegible]enräte anderseits jegliche Ablieferung von Lebensmitteln nach Wien zu [illegible]ndern suchen. Hierzu erfährt das [illegible]r-Abendblatt von unterrichteter [illegible]: Sollte vom Hilfsausschuß oder [illegible] Wiedergutmachungskommission in [illegible] der Beschluß gefaßt werden, den [illegible] angeführten Plan auszuführen, [illegible]ne dies einer Uebernahme der Re[illegible]gsgeschäfte durch den Verband [illegible]. So bedauerlich von diesem [illegible]dpunkt aus die Angelegenheit sei, [illegible]ürfe doch zugegeben werden, daß dies [illegible] die einzige Möglichkeit erscheine, [illegible] Druck auf die Länder auszuüben, [illegible]ie Versorgung Wiens zu ermög[illegible]

Viel verlangt.

[illegible]ie haben Sie denn diese vier neuen [illegible], durch die Grenzkontrolle ge[illegible]?

[illegible]h hab' sie einfach übereinander an[illegible]n."

[illegible]n, könnten Sie mir nicht auf [illegible] Weise drei Paar Stiefel besorgen?"

Neue Regierung für Württemberg.

Stuttgart, 27. Okt. Ueber die Neubildung der württembergischen Regierung, die durch das Ausscheiden Dr. Lindemanns und den Tod des Justizministers v. Kiene aktuelle Notwendigkeit geworden ist, ist gestern nachmittag entschieden worden. Der bisherige Kultusminister Heymann (Sozialist) wird das Ministerium des Innern übernehmen, während an seine Stelle ein demokratischer Regierungsdirektor Heeber tritt. Der bisherige Ernährungsminister Baumann scheidet aus und an seine Stelle tritt der Zentrumsabgeordneter Amtsrichter Bolz. Der Demokrat Liesching behält das Finanzministerium und übernimmt die Stellvertretung des Staatspräsidenten und ebenso bleibt das Arbeitsministerium in den Händen des bisherigen Inhabers Leipart. Die Vertretung der Parteien hat sich zugunsten des Zentrums verschoben auf Kosten der Sozialdemokraten. Das Ministerium besteht demnach künftig aus drei Sozialdemokraten (bisher vier), zwei Demokraten (wie bisher) und zwei Zentrumsabgeordneten (bisher einer). Es bedeutet zweifellos eine Unterschätzung der Regierung, daß die beiden bürgerlichen Regierungsparteien eine stärkere Vertretung im Ministerium erhalten haben.

Japaner tritt für Freundschaft ein.

Deutschfreundliche Vorträge in Japan. — Internierte wollen dort bleiben.

Berlin, 1. Nov. Ein vor dem Kriege in Deutschland ansässig gewesener japanischer Gelehrter, der sich jetzt besuchsweise hier aufhält, machte einem befreundeten Deutschen bemerkenswerte Mitteilungen, deren Veröffentlichung im Hinblick auf das ablehnende Verhalten, das ein Teil der deutschen Gelehrtenwelt den Japanern gegenüber beobachtet, nicht ohne Interesse sein dürfte.

Wie der betreffende Herr betonte, sind diejenigen Japaner, die früher in Deutschland studierten, ausnahmslos deutschfreundlich gesinnt und haben auch während des Krieges aus dieser ihrer Gesinnung kein Hehl gemacht, was der englandfreundlich orientierten japanischen Regierung natürlich ein Dorn im Auge war. Es dürfte zum ersten Male zur Kenntnis der breiteren deutschen Oeffentlichkeit gelangen, daß während des Krieges in Japan von zahlreichen japanischen Gelehrten politische Vorträge in deutschfreundlichem Sinne gehalten worden bzw. öffentlich deutschfreundliche Aeußerungen getan worden sind. Die betreffenden Wissenschaftler hatten durch das offene Bekennen ihrer Meinung unter mancherlei Schikanen seitens ihrer Regierung zu leiden. Nicht genug, daß ihre Namen in besonderen („schwarzen") Listen geführt wurden, wurden sie überdies von Geheimpolizisten überwacht und auf Reisen auf Schritt und Tritt von solchen begleitet.

Es liegt nicht nur im Interesse der Völkerversöhnung und der Wissenschaft, sondern auch vom rein menschlichen Standpunkt aus ist es nicht mehr wie recht und billig, wenn japanische Gelehrte, die für das freimütige Bekenntnis ihrer Deutschfreundlichkeit während des Krieges von seiten ihrer Regierung Unannehmlichkeiten ertragen mußten, nicht mehr wie bislang als „Feinde" betrachtet werden. Es kann auch nicht oft genug hervorgehoben werden, daß die Behandlung der in Japan internierten deutschen Gefangenen eine ausgezeichnete ist. Die meisten Internierten wünschen in Japan zu bleiben.

Der Uebergang der Stadt Danzig.

Zeitpunkt der Abtretung erst nach Ratifizierung aller Mächte.

Berlin, 29. Oktober. Der Magistrat von Danzig hat dem Auswärtigen Amt seine Auffassung über den Zeitpunkt der Abtretung mitgeteilt. Der Uebergang erfolge erst dann, wenn sämtliche Mächte der Alliierten die Ratifikationsurkunde niedergelegt hätten. Es bleibe den beteiligten Hauptmächten oder deren bevollmächtigten Vertretern überlassen, für die Regierung bis zur Zeit der Niederlegung der Ratifikationsurkunden, also bis zum Aufhören der bisherigen Staatshoheit, die Begründung des Freistaates zu besorgen.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, nimmt das Auswärtige Amt den Standpunkt ein, daß nach dem Friedensvertrag die Freistadt Danzig nur den Hauptmächten zu gesamter Hand überliefert werden könne, und daß gegen eine eventuell erfolgte Uebergabe vor der Ratifikation seitens der Hauptmächte diejenigen protestieren könnten, die den Frieden zur Zeit der Uebergabe noch nicht ratifiziert hätten.

794 Millionen für deutsche Kriegsflotte.

Sechs Linienschiffe und Kreuzer erfordern 18.7 Millionen.

Berlin, 4. Nov. Für 1919 erfordert der ordentliche Marinehaushalt 794 Millionen Mark. Sechs Linienschiffe, sechs kleine Kreuzertorpedofahrzeuge erfordern 18.7 Millionen. Das Marinepersonal setzt sich aus 594 Offizieren, 142 Ingenieuren, 580 Deckoffizieren, 12,218 Unteroffizieren und Mannschaften, 2 Marineschulen (Flensburg, Kiel) zusammen. Einzige Reichswerft bleibt Wilhelmshaven. Der außerordentliche Staatshaushalt erfordert 120,6 Millionen. Aus ihm werden die Kosten für Maßnahmen zur Durchführung des Friedensvertrags bestritten, hauptsächlich Minenräumungsarbeiten.

Europäische Post.

Kaiser und Kronprinz an die Jugend.

Stettin, 1. Nov. Der Deutschnationale Jugendbund in Pasewalk hatte anläßlich seiner Hindenburg-Feier verschiedene Ergebenheitstelegramme abgesandt. Darauf sind folgende Antworten eingegangen:

Aus Amerongen: Seine Majestät der Kaiser und König haben über die treuen Grüße der zur Hindenburg-Feier versammelten 300 deutsch-nationalen Jungmädchen und Jungmannen sich herzlich gefreut und mich zu beauftragen geruht, den Ausdruck Allerhöchsten besten Dankes zu übermitteln. Auf Allerhöchsten Befehl v. Dommes, Gen.-Major a. D.

Aus Wieringen: Dem Deutschnationalen Jugendbund Pasewalk herzlichen Dank für freundliches Telegramm und sehr viele Grüße! gez. Wilhelm.

Aus Berlin: Für das Gedenken an der Hindenburg-Feier sage ich meinen aufrichtigen Dank. Mag die Jugend dem großen Manne nacheifern in Gottesfurcht und Hingabe an das Vaterland.

gez. Ludendorff.

Die Opium-Zigaretten.

Von der Deutschnationalen Volkspartei ist folgende interessante Anfrage an die Reichsregierung gerichtet worden: Durch Opiumzusatz vergiftete Zigaretten in englischer Packung werden in immer steigendem Maße in Deutschland vertrieben. Schwere Vergiftung durch solche Zigaretten ist ärztlich festgestellt. Ist der Reichsregierung diese ernste Gefährdung der Gesundheit des deutschen Volkes, zumal der jetzt in Unterernährung heranwachsenden, dem Zigarettengenuß ergebenen männlichen Jugend bekannt und was gedenkt sie zur Abstellung dieses schweren Uebels zu tun?

Streik der Gastwirte.

Sämtliche Hotels, Gastwirtschaften, Cafés und Konditoreien in Stadt und Land Braunschweig werden nach einem einstimmigen Beschluß der Arbeitgeberverbände des Gastwirtegewerbes am 1. Dezember d. J. geschlossen. Sämtlichen Angestellten in jenen Betrieben wird nun zum 1. Dezember gekündigt werden. Durch diesen Beschluß gelangt der der Landesregierung in einer Protestversammlung der Gastwirte angekündigte Proteststreik zur Ausführung, der auf die unzureichende Belieferung des Gastwirtegewerbes mit Lebensmitteln, auch die schikanöse Durchsuchung der gastwirtschaftlichen Betriebe und die Beschlagnahmungen von Lebensmitteln, sowie auf die Belegungen der Inhaber mit Geld- und Gefängnisstrafen zurückzuführen ist.

Die Opfer von Verdun.

Aus den Veröffentlichungen des stenographischen Protokolls der Kammerverhandlungen vom Juni 1916 geht hervor, daß die Verteidigung Verduns den Franzosen mehr Blut kostete, als der Angriff den Deutschen. Die Franzosen verloren insgesamt 800,000 Mann, die Deutschen 700,000.

Neuer württembergischer Minister.

Stuttgart, 29. Okt. Durch Entschließung des Staatspräsidenten sind der Innenminister Dr. Lindemann und der Ernährungsminister Baumann, ihrer Bitte entsprechend, von ihren Aemtern enthoben worden. Ferner wurden Kultusminister Heymann unter Enthebung von Amte als Kultusminister zum Innenminister, Amtsrichter Bolz zum Justizminister, Regierungsdirektor Dr. v. Hieber zum Kultusminister und Oberpostsekretär Graf zum Ernährungsminister ernannt.

Schweres Eisenbahnunglück bei Erfurt.

Neudietendorf, 29. Okt. Heute morgen 6.17 Uhr fuhr der von Eisenach kommende Güterzug 7107 in die Flanke des von Naumburg kommenden Personenzuges 810. Drei Personen wurden getötet, acht schwer und 18 leicht verletzt. Ueber die Ursache ist noch nichts bekannt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Wie unser Erfurter Mitarbeiter dazu berichtet, erfolgte der Zusammenstoß mit solcher Heftigkeit, daß sieben Wagen des Personenzuges umgeworfen und schwer beschädigt wurden. Die Zahl der Leichtverletzten soll 70—80 betragen, allerdings sind die Verletzungen sehr leichter Natur. Dagegen sollen 10 Personen schwer verletzt sein. Die Namen der Toten, die sämtlich aus Erfurt stammen, sind Frau Kühle, Frau H. Goeslaff und Sergeant Deterra. Die Unfallstelle bietet ein wüstes Bild. Hilfszüge aus Gotha, Erfurt, Arnstadt und Meiningen trafen alsbald nach dem Unfall an der Unglücksstätte ein, die sofort mit den Aufräumungsarbeiten begann. Der Verkehr wird durch Umleiten aufrechterhalten. D.. Schwerverletzten wurden ins katholische Krankenhaus nach Erfurt gebracht. Nach der amtlichen Mitteilung ist die Ursache noch nicht geklärt, doch heißt es, daß der Personenzug ausgefahren war und freie Fahrt hatte, während der Güterzug bereits das Signal zur Einfahrt hatte. Der Güterzug mußte das Hauptgleis kreuzen und stieß dabei mit dem Personenzug zusammen.

Die Schiffahrt in deutschen Gewässern der Ostsee.

Stettin, 29. Okt. Nach Aufhebung der Schiffahrtssperre innerhalb der deutschen Hoheitsgewässer sind am letzten Dienstag bereits von hier aus vier Dampfer abgegangen, davon zwei („Möve" und „Greif") nach Danzig und je einer („Kurt" und „Poseidon") nach Königsberg und Lübeck. Am Mittwoch folgten weitere Dampfer. Auch aus Danzig wird gemeldet, daß der Verkehr innerhalb der Küstengewässer wieder aufgenommen ist. Aehnliches wird sehr bald an allen anderen Hafenplätzen der Ostsee eintreten. Der Verkehr mit den neutralen Ostseestaaten bleibt noch unterbunden. Auch die Fischer haben innerhalb der deutschen Hoheitsgrenze den Fischfang wieder aufgenommen.

Volksabstimmung in Koburg.

Koburg, 29. Okt. Im Verfassungsausschuß des Landtags ist ein Einverständnis dahin erzielt worden, daß die Volksabstimmung über die Frage, ob Koburg dem thüringer Gemeinschaftsvertrag beitritt, am 30. November vorgenommen wird. Eine Ablehnung würde den Anschluß an Bayern bedeuten.

Verschärfung in Schmalkalden.

Schmalkalden, 29. Okt. Die Lage in Schmalkalden hat sich verschärft. Nachdem bereits der wegen Mißhandlung des mehrheitssozialistischen Landratsstellvertreters Schubert und wegen Waffenraubes über Schmalkalden verhängte Belagerungszustand gemildert werden konnte, ist er jetzt wegen erneuter Demonstrationen verschärft worden. Da in Zella-Mehlis und Suhl ebenfalls Waffendiebstähle in den dortigen Fabriken verübt wurden und dort die Fabrikanten durch Gewalttätigkeiten und Eigentumsvernichtung geschädigt, und ferner die Arbeitswilligen terrorisiert wurden, ist vom Reichspräsidenten über den Landkreis Ohrdruff, den Kreis Schleußingen und die Stadt Zella-Mehlis der Ausnahme-Zustand verhängt worden. Gestern sind zahlreiche Reichswehrtruppen unter dem Befehl des Obersten Kumme in den Hauptorten der bezeichneten Gebiete eingerückt und haben zur restlosen Waffenablieferung aufgefordert. Zu ernsten Zusammenstößen ist es bis jetzt nirgends gekommen.

Hochkonjunktur in der Schuhindustrie.

Die Pirmasenser Schuhindustrie steht zurzeit in dauernder höchster Blüte. Die Stadt ist von auswärtigen Einkäufern geradezu überschwemmt. In den meisten Gasthäusern sind oft nur mit größter Mühe Zimmer zum Uebernachten aufzutreiben. Eine ungeahnte Vermehrung der Schuhfabrikationsbetriebe ist die Folge dieser Hochkonjunktur. Die Gesamtzahl der Fabriken betrug vor dem Kriege rund 225, während der Kriegszeit entstanden weitere 160. Seit Dezember vorigen Jahres wurden weitere 270 Betriebe angemeldet, so daß Pirmasens jetzt insgesamt 650 Schuhfabriken besitzt.

Zur Auslieferung Leviens.

Hinsichtlich des in Wien verhafteten Kommunistenführers Leviens stellt sich die österreichische Regierung, die eine Auslieferung vermeiden möchte, neuerlich auf den Standpunkt, daß nicht Bayern, sondern nur das Deutsche Reich die Auslieferung verlangen könne.

Schriftsteller und Reichsvermögenssteuer.

Der „Deutsche Schriftstellerverband" hat auf seiner diesjährigen Jahresversammlung den bisherigen Vorstand mit Dr. Karl Storck an der Spitze wiedergewählt und eine Entschließung angenommen, in der gebeten wird, das Vermögen solcher Schriftsteller und Schriftstellerinnen, die kein ausreichendes Einkommen aus anderen Quellen besitzen, bis zum Betrage von 50,000 Mark von der Reichsvermögenssteuer frei lassen zu wollen.

Grubenunglück in Westfalen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dortmund, 29. Okt. Bei einem Grubenbrand auf der Zeche „Freier Vogel" und „Unverhofft" fanden drei Bergleute den Erstickungstod. Zwei wurden schwer verletzt. Bei einem Brande auf der Zeche „Tremonia" sind zwei Knappen an Gasvergiftung erkrankt.

Ist Elsaß-Lothringen französisch?

Wenn die Welt einen Sinn für die Wirklichkeit hat, muß sie jetzt mit Staunen die Entwicklung in Elsaß-Lothringen verfolgen. Wie wurde doch den Völkern von Paris aus verkündet? Das kernfranzösische Elsaß-Lothringen ist Frankreich 1870 von Deutschland geraubt worden, und nur zur Erlösung der trauernden Provinzen zogen die Franzosen 1914 in den Krieg. Daß nach den Ergebnissen der Volkszählungen 89 Prozent der Bevölkerung Deutsche waren, wußte die Welt nicht, denn sie legt nur selten Wert auf sachliche Angaben. Das französische Pathos aber wirkte überzeugender. Wenn also die Welt Elsaß-Lothringen für französisch hält, wie ist es dann möglich, daß diese „endlich erlösten" Franzosen jetzt deutschfreundliche, also franzosenfeindliche Kundgebungen veranstalten? Erkennt die Welt nun die Lage in Elsaß-Lothringen?

Straßburg, 29. Okt. In den letzten Tagen haben sich in verschiedenen oberelsässischen und lothringischen Ortschaften deutschfreundliche Kundgebungen ereignet. In Mülhausen und Kolmar kam es zu Kundgebungen für die Autonomie. Nach Metz und Diedenhofen gingen Truppenverstärkungen ab, da gewaltige Ausschreitungen gegen die Franzosen erfolgten. Die Zeitungen dürfen über den Umfang der Ausschreitungen nichts berichten. Die französische Polizei nahm viele Verhaftungen in Lothringen und Oberelsaß vor.

Metz, 29. Okt. Die französische Regierung hat neue Schritte unternommen, gegen die Deutschen und Deutschgesinnten Front zu machen. Die „Lothringer Volkszeitung" berichtet, daß in den letzten Tagen in der Gegend von Diedenhofen häufig der Gesang „Deutschland, Deutschland über alles" zu hören gewesen war. Die französischsprechenden Personen sind vielfach beschimpft worden. Am Freitag hat die französische Gendarmerie mehrere Hundert Verhaftungen von Deutschen in Rambach, Hagendingen und Diedenhofen vorgenommen. Die Arrestanten sind in Autos nach Metz gebracht worden und haben die Nacht in der Zitadelle zugebracht, von wo sie andern Tags nach der Kehler Brücke abtransportiert wurden.

Die „Trommel".

Seit über drei Monaten erscheint in Mitau die „Trommel", eine ursprünglich als Organ des Generalkommandos wöchentlich ausgegebene Soldatenzeitung. Seit einem Monat etwa ist sie eine völlig unabhängige, freideutsche Soldatenzeitung geworden, die von Hanns Döhrmann in vortrefflicher Weise geleitet wird. Versteht er es doch, nationales Gefühl und patriotische Gesinnung wirklich volkstümlich zum Ausdruck zu bringen. Die „Trommel" hat denn auch in all den Fragen, die die Truppen im Baltikum bewegen, sich eine führende Stellung erworben. Während der Operationen bei Riga gab sie täglich Extraausgaben heraus, die im Flugzeug an der Front verteilt werden. Vom 1. Nov. ab wird die „Trommel" täglich erscheinen und gleichzeitig als „Kurländisches Nachrichtenblatt" anstelle des sein Erscheinen einstellenden „Litauischen Tageblatts" die Interessen der gesamten deutschen Bevölkerung Kurlands vertreten. Man kann über diese Vereinigung nur seine aufrichtige Freude äußern, erhält Kurland dadurch doch ein Blatt von nationaler Gesinnung, was von der „Libauischen Zeitung" leider nicht mehr gesagt werden kann, seitdem der Verleger vor mehr als zwei Monaten den verdienstvollen Leiter der Zeitung, Herrn C. v. d. Decken, einen Mann, der für sein Deutschtum in den Kriegsjahren in Sibirien schwer hat leiden müssen, zu Gunsten eines im Ulmanischen Fahrwasser schwimmenden Demokraten entlassen hat. Seitdem kann die „Libauische Zeitung" nur noch als ein Schädling bezeichnet werden.

Aus der Musikwelt.

Universitätsmusikdirektor Volkmann (Jena) setzte sich für Werke des Stuttgarter Konservatorium-Professors Jos. Haas mit Erfolg ein. — „Der Gesang der Toten", das ergreifende Tonwerk des Chemnitzer Komponisten und Kirchenmusikdirektors Professor Franz Mayerhoff, des Dirigenten des Leipziger Riedelvereins, gelangte soeben in Chemnitz zur Aufführung. Das vom Komponisten selbst dirigierte simphonische Stück für Männerchor, Frauenchor und großes Orchester hinterließ tiefsten Eindruck. — Das Defizit des Wiener Staatsopertheaters beträgt bereits sechs Millionen Kronen. — Otto Lohse veröffentlicht im Harmonie-Verlag einen Band Gesänge nach Dichtungen von Geibel, Eichendorff und Mirza Schaffy. — „Fortschrittskonzerte" hat der Kapellmeister der großen Dresdner Staatsoper, Kutzbach, in Dresden eingerichtet, um die neuesten musikalischen Strömungen zu veranschaulichen. — Felix Weingartner und die Wiener Philharmoniker sind zu einem Gastspiel in Italien verpflichtet worden.

Die Zukunftsideen des Oberkommunisten Merges.

Braunschweig, 29. Okt. Der frühere Präsident des Freistaates Braunschweig, der Kommunistenführer August Merges, in dem die Braunschweiger Kommunisten ihren konsequentesten Führer erblicken, hielt in Wolfenbüttel eine seiner berüchtigten Reden. Nach einem Bericht des mehrheitssozialistischen „Braunschweiger Volksfreundes" erklärte Merges, daß die Kommunisten gar nicht gewillt seien, den Deutschland von den feindlichen Imperialisten aufgezwungenen Frieden zu erfüllen. Der Knäuel im Baltikum könne sich seiner Ansicht nach nur auf zweierlei Weise entwirren. Die eine Möglichkeit sei die, daß uns die Entente erneut den Krieg erklärt. Diesen müßte Deutschland dann entschlossen aufnehmen und mit Hilfe seiner russischen Brüder den Entente-Imperialismus zu Boden schmettern. Die andere Möglichkeit sei, daß durch die auf dem Marsche befindliche Weltrevolution sich das Proletariat aller Länder die Hände reiche zur Beiseitigung seiner Unterdrücker.

General Maercker in Dresden.

Dresden, 20. Okt. General Maercker ist in Dresden eingetroffen und hat das Kommando der Truppen übernommen.

Bevölkerungsrückgang in Sachsen.

Leipzig, 31. Okt. Wie sich aus dem Ergebnis der diesjährigen Volkszählung gegenüber der Volkszählung von 1910 ergibt, wird der Bevölkerungsrückgang in Sachsen nach dem bisher vorliegenden Material auf etwa ½ Million Seelen geschätzt.

Die Frage der Beschaffungsbeihilfe

Der Finanzausschuß der sächsischen Volkskammer hat sich mit der Frage der Beschaffungsbeihilfen an die Staatsarbeiter befaßt. Die Regierung machte dabei den Vorschlag, die Beschaffungsbeihilfe nur an die Staatsarbeiter zu zahlen, mit denen Tarifverträge nicht abgeschlossen sind. Es handelt sich dabei um die Hütten- und Eisenbahnwerkstättenarbeiter. Wo aber Tarifabschlüsse sind, z. B. in den staatlichen Berg- und Elektrizitätswerken, sollen die Beschaffungsbeihilfen nicht gezahlt werden, da die tarifliche Regelung den Teuerungsverhältnissen bereits Rechnung trägt. Die Demokraten und die Mehrheitssozialisten erklären, daß sie zu diesem Vorschlag nicht sofort Stellung nehmen könnten, sondern vorher Rücksprache mit ihren Fraktionen halten müßten. Die Einbeziehung der Forstarbeiter in die eine oder andere Klasse der Staatsarbeiter ist dabei nicht völlig geklärt worden.

Noske über die Zensur.

Berlin, 31. Okt. In seiner Rede in der Mittwochsitzung der Nationalversammlung kam Reichswehrminister Noske, veranlaßt durch verschiedene Angriffe, auch auf die Zensurfrage zu sprechen. Er führte etwa aus:

Das Verbot der „Arbeiterjugend" beruhte auf einem Fehler. Aber unbedeutlich und harmlos ist diese Zeitschrift nicht. Sie beschimpft die Truppe, reißt sie herunter und wirft ihr Plünderungen und Mord vor. (Hört! hört!) Das antisemitische „Deutsche Wochenblatt" hat zwar nicht direkt zum Totschlagen der Juden auf der Straße aufgefordert; aber es hat einen neuen Ritualmord in den grausigsten Farben geschildert und im Anzeigenteil dann Gummiknüppel angeboten. Gegen ein so gemeingefährliches Treiben muß eingeschritten werden. Und nun zum Verbot der „Deutschen Zeitung". Dieses Blatt hat in gefährlicher Weise versucht, das Gefüge der Truppen zu lockern und sie zur Auflehnung gegen den Reichspräsidenten und die Regierung aufzurufen. (Hört! hört!) links. Widerspruch rechts.) In der „Deutschen Zeitung" heißt es: „Wie kann sich jemand von einem Menschen zum Minister ernennen lassen, der sich selbst als ehrlos und würdelos bezeichnet hat? Wie kann die Wehrmacht eines Landes dem Oberbefehl eines Menschen unterstellt werden, der sich selbst als ehrlos bezeichnet hat? Wie will man einem Soldaten begreiflich machen, einem Menschen Gehorsam zu schwören, der sich selbst vor aller Welt mit dem stärksten Pathos als ehrlos bezeichnet hat? Wie sollen preußische Generale und Offiziere sich einem Reichspräsidenten unterordnen, der sich selbst für ehrlos erklärt hat."

Das ist dieselbe Methode der Unterwühlung der Truppe, wie sie von mir in dem Falle der in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung" bestellten und hergestellten Broschüre festgestellt werden konnte. Auch dort wurde zur Eidesverweigerung aufgefordert. Der Hauptvorstand der Deutschnationalen Volkspartei hat damals erklärt, ich hätte mich geirrt, er hätte mit der Broschüre nichts zu tun. Herr v. Graefe fügte hinzu, der Besteller wäre dem Hauptvorstand unbekannt. Jetzt ist der Besteller bekannt. Vor mir liegt der Originalauftrag. Der Besteller ist der Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp. (Stürmisches Hört! hört! links und im Zentrum. Lärm rechts.) Kapp ist Vorsitzender des Provinzialverbandes der Deutschnationalen Partei für Ostpreußen und in dieser Eigenschaft wohl auch Mitglied des Hauptvorstandes. (Zurufe rechts: Nein! — Lachen links.) Jedenfalls ist Herr Kapp eine hervorragende Säule dieser Partei. Die „Deutsche Zeitung" ist das Sprachorgan der Leute, die uns dauernd mit der Gegenrevolution drohen. Es fragt sich, ob die arbeitenden Volksmassen, die das Deutschland beseitigt haben, was ihnen jahrzehntelang drückend und ungerecht erschien, stillhalten sollen gegenüber Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, ihnen wieder Fesseln anzulegen. Kämen diese Leute an's Ruder, sie würden sich nicht damit begnügen, einer Anzahl Zeitungen das Genick zu brechen. In der jetzigen Lage in der wir uns befinden, kann man mit Entschließungen und mit sentimentaler Gefühlsduselei keine Politik machen. — Das Reich ist mehr bedroht als jemals im Kriege. Deutschland blutet aus tausend Wunden. Daß es noch lebt, danken Sie (nach rechts) uns. Wir wollen uns diese Arbeit aber nicht in einem Maße stören lassen, durch das die Zukunft des Reiches auf's Spiel gesetzt wird. (Sehr richtig! links.) Ich spreche ganz offen und deutlich, selbst wenn das manchen meiner Parteifreunde nicht passen sollte. An demokratischen Stammtischen kann man in friedlichen Zeiten sich lang und breit über die absolute Freiheit unterhalten. Wenn es sich aber um das Schicksal von 60 Millionen handelt, dann kann man nicht eine absolute Freiheit sich austoben lassen, soll nicht ein ganzes Volk zugrunde gerichtet werden. (Lebhaftes Hört! Hört! rechts und bei den U. Soz. Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Kein Verschachern des Saargebiets.

Gerüchte, Saar würde gegen Kolonien vertauscht, dementiert.

(„Kölnische Zeitung", 3. Nov.)

Von zuverlässiger Seite sind der deutschen Regierung Nachrichten zugegangen, daß sich im Saargebiet Gerüchte verbreitet werden, wonach die deutsche Regierung an die französische mit dem Anerbieten herangetreten sei, das Saargebiet schon jetzt gegen Ueberlassung entsprechenden Kolonialbesitzes endgültig an Frankreich abzutreten. — Das Wolff'sche Telegraphenbureau ist zu der Feststellung ermächtigt, daß selbstverständlich an dieser schamlosen Behauptung kein wahres Wort ist. Die deutsche Regierung vertraut darauf, daß der gesunde Sinn der Deutschen im Saargebiet selbst die Möglichkeit eines solchen Planes nicht in Betracht zieht. Deutschland vergißt das Saarbecken nicht und ist überzeugt davon, daß das Saargebiet auch in diesen schweren Zeiten sein Deutschtum hochhalten und seine Zugehörigkeit zum Mutterlande stets betonen wird.

Valuta-Spekulation durch den Telegraph

Mit Mark bezahlte Rückantwort in schwedischer Währung verlangt.

Einem raffinierten Valuta-Spekulationstrick ist man in Deutschland auf die Spur gekommen. Man hatte beachtet, daß im Verkehr mit Schweden wiederholt Telegramme mit vorausbezahlter Antwort für eine Anzahl von Worten bis zu 800 aufgegeben wurden. Für ein derartiges Antworttelegramm waren in Deutschland 320 Mark einzuzahlen. Der Empfänger in Schweden gab nun aber die Antwort nicht auf, sondern forderte den Betrag in schwedischer Währung zurück, wobei der Währungsunterschied ausgenützt wurde. Um diesem Mißbrauch zu begegnen, hat das Reichspostministerium die Zahl der vorauszubezahlenden Wörter im Telegrammverkehr mit Schweden bis auf weiteres auf 30 beschränkt.

Das ist fast das Schönste, daß es Menschen gibt, die Heilandsherzen haben. Ihnen können wir ruhig auch die dunklen Seiten unseres Lebensbuches zeigen. Und wenn sie uns dann ansehen mit ernsten, stillen Augen, dann ist's trotz aller Traurigkeit, als ob Weihnachtskerzen angezündet würden und unsere Seele aufstrahlte in Licht und Glanz und Freude.

Reichsnotopfer und Auslandsdeutsche.

Daß Auslandsdeutsche „Schutz des Reiches genießen" wird „blutiger Hohn" genannt.

(Neue Zürcher Zeitung.)

Von einem Deutschen geht uns folgende Zuschrift zu:

Der Reichsfinanzminister Erzberger hat wiederholt den Standpunkt vertreten, daß der Ertrag der in Deutschland unter dem Namen „Reichsnotopfer" geplanten Vermögensabgabe einer etwaigen Beschlagnahme durch die Entente nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht ausgesetzt sei. Liest man aber sein in der „Frankfurter Zeitung" teilweise veröffentlichtes Schreiben an den Reichsbürgerrat mit einiger Aufmerksamkeit, so ergibt sich klar, daß für den Ertrag dieser Steuer durchaus keine Sicherheit besteht. Er sagt nämlich: „Eine Prüfung der gesamten diesbezüglichen Vertragsklauseln kann nur zu dem Ergebnis führen, daß das deutsche Volksvermögen und Deutschlands Einnahmen durch die betreffenden Bestimmungen mit einer Bürgschaft belastet werden, daß aber das hieraus fließende Zugriffsrecht der Entente solange nicht ausgeübt werden kann, als Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommt." — Nun weiß jeder, der die 440 Paragraphen des Friedensvertrages gelesen hat, daß es der Entente immer möglich sein wird, nachzuweisen, „daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt". Auch Erzberger weiß ganz genau, daß es Deutschland beim besten Willen niemals möglich sein kann, alle Bestimmungen dieses Vertrages zur völligen Zufriedenheit aller Ententestaaten zu erfüllen.

Die Deutschen im Auslande, namentlich in der Schweiz, die Gelegenheit haben, die politischen Ansichten und wirtschaftlichen Tendenzen der Nachbarstaaten kennen zu lernen und zu verfolgen, sind in ihrer Mehrzahl sicherlich nicht so optimistisch wie